

Beiträge von Lokaler Agenda 21 und Gemeinwesenarbeit zur Versorgung mit erneuerbaren Energien

Sabine Gruber

Sozialwissenschaftlerin und Gemeinwesenentwicklerin¹ Wien

Abstract

Die Lokale Agenda 21 ist aufgebrochen, um eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen. 20 Jahre nach der wegweisenden Umweltkonferenz in Rio de Janeiro fällt die Bilanz ernüchternd aus. Die Autorin verortet die Widersprüche im dominierenden Wirtschaftssystem. Sie analysiert Alternativen von unten am Beispiel erneuerbarer Energien im Spannungsfeld zwischen Ansprüchen und Rahmenbedingungen. Davon ausgehend formuliert sie Voraussetzungen, die Nischenprojekte zu tragenden Säulen einer Energiewende und einer sozialökologischen Transformation werden ließen.

1. Ansprüche vs. Realität

Die Lokale Agenda 21 (LA 21) geht auf die Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro 1992 zurück, die einen historischen Wendepunkt markiert. In der *Agenda 21* (vgl. BmNUR o.J.) hat man sich auf gemeinsame Ziele und auf zahlreiche Maßnahmen in insgesamt 40 Kapiteln geeinigt. Im Kapitel 28 werden die Kommunen aufgerufen, in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft einzutreten und eine *lokale Agenda 21* zu beschließen. Eine Akkordierung ist bis 1996 vorgesehen. Tatsächlich ratifizieren hunderte Bürgermeister weltweit eine entsprechende Selbstverpflichtung und weitere kommen hinzu.

¹ Sabine Gruber war 2005–2009 Leiterin der Lokalen Agenda 21 im neunten Wiener Gemeindebezirk.

Für den Bereich Klimaschutz und Energie ist damals von einer 30%igen Reduktion der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2000 die Rede (vgl. z.B. Österreichischer Informationsdienst für Entwicklung, S. 71), die durch einen Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energieträger und einem Umstieg auf erneuerbare Energien erreicht werden soll. Gleichzeitig ist von einer generellen Senkung des Energieverbrauchs durch Energiesparmaßnahmen die Rede. Diese Ziele wurden eingedenk der weltweit großen sozioökonomischen Ungleichheit formuliert.

Seit der Formulierung der vielversprechenden Ziele sind 20 Jahre vergangen und sie wurden weit verfehlt. Im Kyoto-Protokoll wurden nur noch 15% Emissionsreduktion vorgeschlagen – ein Ziel, das bis heute nicht von allen Ländern ratifiziert ist (die USA sind aus dem Kyoto-Protokoll ausgestiegen) und von den meisten, die es ratifiziert haben nicht erreicht wird (vgl. Pflüglmayer, 2004). Daher haben die CO₂-Emissionen weltweit zu- statt abgenommen (IEA, 2011). Die Schere zwischen Arm und Reich driftet weltweit weiter auseinander; viele reiche Länder kommen ihren Zahlungen für die Entwicklungszusammenarbeit nicht nach und auch innerhalb der so genannten entwickelten Ländern nimmt die ökonomische Ungleichheit wieder zu (Zu internationaler Ungleichheit und Armut vgl. Ziegler, 2005; zur Ungleichheit in „entwickelten“ Ländern vgl. Hradil, 2005).

Die Reaktionen auf die gegenläufige Entwicklung fallen unterschiedlich aus. Offensichtlich ist, dass das Aktionsprogramm, so wie es aufgesetzt ist, nicht greift. Kann es auf internationaler Ebene überhaupt gelingen verpflichtende Ziele zu beschließen? Braucht es solche Abkommen oder beginnt man nicht einfach besser vor Ort Alternativen zu umzusetzen? Ist das Nachhaltigkeitsparadigma ein taugliches Ziel oder ist es zu schwammig? Wie erwartet stand 2012 am Ende der Konferenz Rio +20 wieder kein großer Fortschritt, sondern lediglich der Beschluss bis 2015 die Klimaziele zu konkretisieren. Angesichts der Dringlichkeit und der Stagnation bei den Verhandlungen fragen sich Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft, „*warum auf Abkommen warten*“ (Besse/Nadjafi, 2012, S. 9.), und wenden sich stattdessen den Lösungen von unten zu. Dennis Meadows, Autor von *Grenzen des Wachstums*, hält das Ziel

der Nachhaltigkeit inzwischen für überholt, weil die inzwischen merkbaren Klimaveränderungen damit nicht aufgehalten werden können. „*Was wir brauchen, ist nicht Sustainability, sondern Resilience, also eine elastische Widerstandsfähigkeit gegen katastrophale Entwicklungen*“ (Interview mit Dennis Meadows: „Lebensstandard wird drastisch sinken“. In: Der Standard, 8.9.2011). Auf offizieller Ebene wird indessen die einst einende Vision der Nachhaltigkeit mit rein technischen Lösungen beantwortet. Hauptverhandlungspunkte von Rio +20 sind *Green Economies*, die *Green Growth* versprechen (vgl. Brunnengräber & Haas, 2011).

Demgegenüber vertrete ich die Ansicht, dass weder das Paradigma der Nachhaltigkeit noch das Programm der LA 21 an sich verkehrt sind, doch leiden sie an Leerstellen und widersprüchlichen Rahmenbedingungen. Die Widersprüche ergeben sich aus dem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in dem wir agieren. Wachstum und Nachhaltigkeit widersprechen sich in vielerlei Hinsicht. D.h. in der Praxis versuchen wir das Richtige im Falschen zu tun. Dementsprechend bescheiden fallen die Erfolge aus, die wir im Rahmen der LA 21 verzeichnen können. Um die Barrieren aus dem Weg zu schaffen, müssen wir die Widersprüche aufzeigen und an deren Auflösung arbeiten.

2. Das Paradigma – oder welche Nachhaltigkeit?

Der Nachhaltigkeitsbegriff hat sich in einer Zeit nach dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert, in der der dringlichste Nachholbedarf erledigt und die Nachteile eines extensiven und konsumorientierten Wachstumsmodells sichtbar wurden. Besonders die Ölkrisen Anfang der 1970er-Jahre, die zu empfindlichen Preiserhöhungen führte, rückten die Problematiken rund um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen ins Bewusstsein. Erdöl, Erdgas und Kohle schädigen nicht nur die Umwelt, sondern stellen auch ein ökonomisches Risiko und damit ein Versorgungsrisiko dar. Mit dem Nachhaltigkeitsbegriff wurde eine zeitliche Dimension eingeführt, die auch zukünftige Perspektiven einschließt. Als

Definition hat sich folgende Formulierung durchgesetzt: *„Entwicklung zukunftsfähig zu machen, heißt, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können“* (Hauff, 1987, S. 47).

Diese Formulierung wurde von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung erarbeitet und 1987 im Brundtland-Bericht veröffentlicht. Folgenden Programme und Initiativen berufen sich auf diese Definition, wie auch die Lokale Agenda 21.

Der entscheidende Fortschritt liegt darin, dass seither soziale, ökonomische und ökologische Dimensionen nicht mehr getrennt voneinander gedacht werden. *„Der Entwicklungsdiskurs, der sich lange nur um Fragen der Ökonomie (vor allem des Wirtschaftswachstums) und des Sozialen (vor allem der Verteilung) gedreht hatte, wurde so um die Dimension der Ökologie (Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen) erweitert“* (Lumplecker, 2009, S. 7). Der Brundtland-Bericht lässt aber ebenso wie die Agenda 21 offen, mit welchen Wirtschaftsmodellen nachhaltige Entwicklung erreicht werden soll. Während Kritiker in der Vagheit die Untauglichkeit des Begriffs identifizieren, sehen Diplomaten darin die Voraussetzung für eine Einigung. Indem der Begriff Wachstum durch Entwicklung ausgetauscht wird (vgl. ebd., S. 8), wurde ein Festlegung hinsichtlich des Wachstumsdilemmas umschifft. Was uns daher bleibt, ist das Vakuum, das in der Realität vom Mainstream, wie dem Green Economy-Diskurs, gefüllt wird.

Neoklassische Ökonomen, die die Wirtschaftspolitik seit den 1980er-Jahren verstärkt beeinflussen (Zu den unterschiedlichen wirtschaftswissenschaftlichen Schulen und den Paradigmenwechseln über die Zeit vgl. Gruber, 2010), setzten Wirtschaftswachstum als Notwendigkeit voraus. Sie sehen darin die Grundlage für allgemeinen Wohlstand und die Bekämpfung von Armut. Mit der ökologischen Krise setzten sie sich insofern auseinander, als sie eingestehen, dass Naturkapital bislang inadäquat bewertet wurde. Dadurch entstehen externe Effekte (d.h. Umweltschäden), die zu Reparaturkosten führen. In logischer Konsequenz seien die externen Effekte zu internalisieren. Durch die

Bewertung der Natur werden die Umweltkosten in eine Kosten-Nutzen-Analyse einbezogen, wodurch künftige externe Kosten vermieden werden sollen (vgl. Knorring, 1995). Die heutige Betriebswirtschaft funktioniert nach diesem Prinzip und da es auf volkswirtschaftlicher bzw. auf internationaler Ebene kein Gegensteuern gibt, dreht sich die Wachstumsspirale mit all ihren krisenhaften Erscheinungen immer schneller.

Für die Vordenker von damals sowie für die Kritiker von heute ist klar, dass eine nachhaltige Entwicklung nicht in einem wachstums- und wettbewerbsbasierten Produktionssystem aufgehen kann. Sie haben ein ganz anderes Bild von Nachhaltigkeit und vom Menschen als Akteur vor Augen. Das Menschenbild, das die (Neo-)Klassik idealisiert, ist das des rational abwiegenden Nutzenmaximierers. In den alltäglichen Lebenszusammenhängen kommt es jedoch weniger auf Profitmaximierung als auf die Versorgung mit dem Lebensnotwendigen an. Die Versorgung aller erfordert gegenseitige Rücksichtnahme und Kooperation statt Konkurrenzdenken. Diese Seite wirtschaftlichen Handelns existiert ebenso und wird häufig unter dem Begriff der Reproduktionsarbeit zusammengefasst. Wir haben es den Feministinnen zu verdanken, dass sie die unbezahlte Reproduktionsarbeit sichtbar gemacht haben (vgl. Stichwort „Arbeitsteilung“. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus). Auf der Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise aufbauend entstehen ganz andere Wirtschaftsmodelle, die die ganze Arbeit – Produktion und Reproduktion – einschließen und die Arbeit als Herstellen und Wiederherstellen auffassen. Sie berücksichtigen die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen und auch die Endlichkeit der menschlichen Bedürfnisse. Dafür braucht es auch anderen Vermittlungsmechanismen als die Konkurrenz, nämlich bewusste demokratische Entscheidungsprozesse und Raum für Politik.

Am umfassendsten ausformuliert finden wir solche alternative Wirtschaftsansätze bei feministischen Ökonominen – bspw. *„Versorgendes Wirtschaften“* (Biesecker et al., 2000) bei Adelheid Biesecker und Kolleginnen – oder bei Theoretikern, die sich der Politischen Ökonomie verpflichtet fühlen. Wirtschaftspolitisch tonangebend sind jedoch die neoklassischen Ansätze. In

der Praxis bedeutet das, dass wir als Beraterinnen und Berater ideell einem anderen Nachhaltigkeitsverständnis folgen als die Wirtschaftspolitik, die allerdings die Rahmenbedingungen wesentlich beeinflusst. In diesem Dilemma befindet sich auch Lokale Agenda 21, denn die folgenden Richtlinien auf internationaler Ebene untergraben die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 21, indem bspw. im Kyoto-Protokoll der Handel mit Emissionen zugelassen wird (vgl. Pflüglmayer, 2004). Grundsätzlich ist dazu anzumerken, dass es kein Recht auf Verschmutzung geben kann. Was der Emissionshandel aber verdeutlicht, ist das neoklassische Denken, das auf der Vorstellung basiert, Umweltkapital durch Finanzkapital substituieren zu können. Doch selbst wenn wir das Geld dafür aufbringen können (und die Geldvermehrungsmöglichkeiten sind ebenfalls kritisch zu hinterfragen), kann die Natur nicht so schnell wachsen wie unsere aktuelle Produktions- und Finanzwirtschaft. Daher kann der Tausch nicht aufgehen. Finanz- und Umweltkapital bzw. Sozialkapital sind nicht beliebig gegeneinander austauschbar, sondern müssen sich in einem Gesamtsystem die Waage halten. Da ein Wirtschaftssystem, das sich nicht daran hält, ruinös für Mensch und Natur ist, sehe ich dort den Ansatzpunkt, statt die Ziele der Nachhaltigkeit für obsolet zu erklären.

3. Reale Utopien im Spannungsfeld

Gegenwärtig sind wir also mit einer gegenläufigen Entwicklung konfrontiert. Während sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch De-Regulierung der Wettbewerbsbedingungen und Liberalisierung der Märkte noch radikalisieren, wachsen auch der Unmut darüber und die Gegenentwürfe. Betrachtet man alternative Wirtschaftsprojekte in diesem Spannungsfeld, kann man deren Voraussetzungen und benötigte bessere Rahmenbedingungen formulieren. Als Beispiele greife ich bereits realisierte Projekte für eine selbstbestimmte Versorgung mit erneuerbaren Energien²

2 Träger erneuerbare oder regenerative Energie sind Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme und Biomasse. Sie haben viele Vorteile und auch einige Nachteile. An dieser Stelle möchte ich lediglich auf einen zentralen Knackpunkt hinweisen. Die Biomasse (Raps, Mais, Sonnenblumen, Palmöl) gilt nicht mehr als die große Alternative, weil sie mit der Lebensmittelproduktion in Konkurrenz tritt und zahlreiche

heraus. Worauf reagieren sie? Was können wir von ihnen lernen? Welche Strukturen wären für sie förderlicher? Ich beginne mit der kleinsten Einheit, Bürgersolaranlagen, gehe zu Energiegenossenschaften und schließe mit einer energieautarken Gemeinde.

a) Bürgersolaranlagen

Bürgersolaranlagen sind keine Seltenheit mehr, seitdem die Einspeisung erneuerbarer Energie in das Stromnetz gesetzlich sicher gestellt ist³. Die Photovoltaikanlagen werden durch die finanzielle Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern finanziert und eine Betreiberorganisation gegründet. Dabei geht es nicht um die Selbstversorgung der Beteiligten, sondern um die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie im allgemeinen Stromnetz. Damit werden der ökologische Anteil und die Unabhängigkeit von konventionellen Betreibern und Großkonzernen erhöht. Neben den ökologischen Zielen verfolgen Bürgersolaranlagen auch ein finanzielles Ziel, das der Kapitalanlage. Dieses Ziel ist an sich konventionell, nur dass das Kapital in ein ausgewähltes umweltfreundliches Projekt investiert wird, das nicht expandieren muss. Ein idealtypischer Verein ist z.B. der *Bürgerkraftwerke e.V.* (www.buergerkraftwerke-saar.de), der in mehreren deutschen Städten Bürgersolaranlagen initiiert hat und betreibt.

Ausschlaggebend sind die nationalen Gesetze, die erst von Interessensvertretungen erkämpft werden mussten. Vor der Möglichkeit der Einspeisung leisteten Privatinitiativen Pionierarbeit und einen großen Beitrag zur Bewusstseinsbildung. Die Rolle der Lokalen Agenda 21 kann dabei die Vernetzung mit Kooperationspartner und Förderstellen sein. Die Agenda-Gruppe *Solar+* (www.la21wien.at/die-la-21-bezirke/23-bezirk/gruppen/solar-1/solar/) in Wien bspw. hat sich jahrelang für die Errichtung einer Photovoltaikanlage eingesetzt. Als Kooperationspartner

soziale Konflikte auslöst. Weil mit Biotreibstoffen im Westen Geld zu machen ist und es nicht ausreichend Flächen gibt, werden die Produktion ausgelagert, Urwälder gerodet, Menschen zu unwürdigen Bedingungen beschäftigt, der Ertrag exportiert und die Lebensmittelpreise im Land in die Höhe getrieben. Damit wird den Menschen die Basis für Subsistenz entzogen und sie können trotz Arbeit ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten.

3 Die Regelungen sind national unterschiedlich. In Deutschland gilt seit 2009 das EEG (Erneuerbare Energie Gesetz).

konnte eine Schule gewonnen und 60 % der Kosten über private Spenden aufgebracht werden. Letztendlich zustande gekommen ist die Errichtung durch die Förderung der restlichen 40 % durch die Stadt Wien. Generell gibt es dafür aber keine fixe Förderschiene. Wäre die Stadt nicht eingesprungen, hätte das Projekt noch lange nicht finanziert werden können. Das Beispiel zeigt, dass wir als Beraterinnen und Berater ein vis-à-vis brauchen, das mit den entsprechenden Kompetenzen ausgestattet ist. Im Energiebereich müssen diese erst ausgebaut werden.

b) Energiegenossenschaften

Im Unterschied zu den Bürgersolaranlagen, die unterschiedliche Rechtsformen annehmen können (vom Verein bis zur GmbH), wird hier bewusst die Genossenschaftsform gewählt. Was diese Rechtsform auszeichnet, ist das Prinzip: ein Kopf, eine Stimme. D.h. dass jedes Mitglied stimmberechtigt ist und bei der Ausrichtung der Genossenschaftsziele mitbestimmen kann. Die Genossenschaft ist ihren Mitgliedern, dem Gemeinwesen verpflichtet und nicht einigen Eigentümern oder Aktionären, für die es gilt Gewinne oder Renditen zu erwirtschaften. Die Rechtsform bietet damit eine echte Alternative zu anderen marktförmigen oder staatlichen Unternehmensformen. Häufig werden Energiegenossenschaften gegründet, um eine unabhängige und preisgünstige Alternative zu kommerziellen Anbietern aufzubauen. Selbsthilfe und Leistbarkeit stehen dabei im Vordergrund. Die Vorteile gehen dann auf, wenn die Genossenschaft als Energieverbrauchergenossenschaft konzipiert ist, die ein eigenes Netz betreiben, weil der für den Eigenbedarf produzierte Strom dann innerhalb der Mitglieder verbraucht wird. Die Genossenschaftsbewegung kann historisch auf viele Beispiele verweisen. Neu sind jene Energiegenossenschaften, die in ihrer Satzung explizit ökologische Ziele verankern und so zu Promotoren der Energiewende werden. Ihnen geht es nicht darum, einfach kostengünstigen Strom herzustellen, sondern sie erzeugen Strom aus 100 % regenerativen Energiequellen (vgl. Flieger, 2011).

Mit der Rechtsform in Kombination mit ökologischen Zielen sind gute Voraussetzungen für eine selbstbestimmte, weil selbstverwaltete Versorgung mit erneuerbarer Energie geschaffen. Daher wird der Genossenschaft im Bereich der Gemeinwesenentwicklung ein hoher Stellenwert zuerkannt

(vgl. Elsen, 2003). Wie wir aus historischen Beispielen wissen, können die Prinzipien aber langfristig nicht immer durchgehalten werden, weil auch Genossenschaften nicht in einem abgeschotteten geschützten Raum agieren, sondern innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaft. Zwei Schicksale sind dafür typisch. Entweder die Genossenschaft kann dem Wettbewerb nicht standhalten und muss schließen oder sie ist erfolgreich und kann das nur bleiben, indem sie sich anpasst, sprich in eine wettbewerbsorientierte Geschäftsform umwandelt (vgl. Schwendter, 1986, S. 259). Der Grat des Bestehens ist schmal. Wenn Genossenschaften zu einer echten und verbreiteten Alternative werden sollen, müssen die Wettbewerbsbedingungen entschärft, also der Markt wieder re-reguliert werden. Der Begriff der Regulierung ist an dieser Stelle verwirrend. Da die Energieversorgung nach dem Zweiten Weltkrieg als öffentliche Aufgabe erachtet und von öffentlichen Betrieben abgedeckt wurde, wird unter Deregulierung die Öffnung des Marktes für private Anbieter verstanden (Liberalisierung) bzw. die Privatisierung staatlicher Anbieter. Diese Öffnung kommt auch den Energiegenossenschaften zugute und verleiht ihnen neue Handlungsmöglichkeiten (vgl. Flieger, 2011, S. 323). Eine Liberalisierung im Bereich der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge schwächt in der Regel jedoch gerade die Angebote für sozial benachteiligte Gruppen. Daher ist einerseits gut zu überlegen, welche Bereiche am Markt abgedeckt werden können und welche besser bei der öffentlichen Hand bleiben und ggf. wieder re-verstaatlicht werden sollen. Andererseits muss der Bereich des Marktes – für den man sich bewusst entschieden hat – gestaltet werden. Eine Regulierung der Wettbewerbsbedingungen halte ich für alle Unternehmen und im besonderen für Genossenschaften für notwendig, da sie sich sonst aufreiben müssen, es sei denn, sie können sich dem Wettbewerb ausreichend entziehen, indem sie als Erzeugerverbraucher-genossenschaften funktionieren. Das wäre eine idealtypische Wirtschaftsweise im Sinne einer bedürfnisorientierten Versorgung innerhalb eines Gemeinwesens unabhängig von einem Markt.

c) Energieautarke Gemeinden

Ein Ausnahmebeispiel ist die ländliche Gemeinde Güssing in Österreich nahe der ungarischen Grenze. Güssing hat es geschafft, sich zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu versorgen. Dabei stammt nicht nur der Strom aus Photovoltaik, selbst die Fahrzeuge werden aus der eigenen Treibstoffproduktion betankt und für die Wärmeengewinnung wird Solarthermie eingesetzt. Die treibende Motivation für die großen Veränderungen ist dabei nicht nur der Wunsch nach Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Güssing war eine Abwanderungsgemeinde, die seine Bewohnerinnen und Bewohner mangels Arbeitsplätze nicht halten konnte. Um die Abwärtsspirale zu stoppen, suchten die Gemeindevertreter nach einer Innovation, die sie in umweltfreundlichen Technologien fanden. Der Standort eignet sich gut, weil der umliegende Wald die Rohstoffe für die Biomasse liefert. So entstand das „Güssinger Modell“ (nähere Informationen siehe: www.eee-info.net), das einerseits die Selbstversorgung stärkt und andererseits attraktive Arbeitsplätze schafft. Neben der Energieproduktion für den Eigenbedarf richtet Güssing einen Cluster rund um erneuerbare Energie ein. 2007 eröffnet das erste Solarzellenwerk Österreichs. Das „Europäische Zentrum für erneuerbare Energie“, eine Einrichtung für Forschungs- und Entwicklung, und der Ort als Phänomen sind inzwischen ein Anziehungspunkt für Fachleute und interessierte Touristen geworden. Heute ist die Gemeinde ein Vorzeigebeispiel dafür, wie ökonomische, soziale und ökologische Ziele in eins fallen können.

Die Idee ist überzeugend, doch man muss einräumen, dass die Gemeinde die nötigen Investitionen nie ohne Förderungen der EU, des Bundes und des Landes bestreiten hätte können. Wertschätzende Kenner der Szene, die den Erneuerbaren gerne zum Durchbruch verhelfen wollen, fragen sich daher, woher in Zukunft die Gelder für Nachahmer kommen sollen vor dem Hintergrund öffentlicher Einsparungen. Ebenfalls bedacht werden muss, dass das Güssinger Modell überwiegend auf Biomasse basiert. Im Falle von Güssing ist das in Ordnung, weil Abfallprodukte aus den umliegenden Wäldern verwendet werden können. Generell stellt Biomasse aber keine Alternative dar. Oft tritt sie in Konkurrenz mit der Lebensmittelproduktion. Es geht also darum, dass jede Gemeinde, jede Region, je nach Zugang zu Ressourcen ein

passendes Modell selbst entwickeln muss (Exner et al., 2008, S. 60–62). Beispielsweise können am Land Windparks angelegt werden, während man in der Stadt mit Photovoltaik arbeiten kann. Kleinen Gemeinden wird es leichter gelingen, autark zu werden, während große Städte einen größeren Einzugsradius für ihre Energiezufuhr brauchen.

Leiten wir aus dem Mosaik nun die Aspekte ab, die richtungsweisend für eine sozialökologische Transformation sind:

- *Bedarfsorientierung*: Idealerweise orientieren sich Energiegenossenschaften und energieautarke Gemeinden am Eigenbedarf. Im Vordergrund steht die Selbstversorgung (mit Energie und Arbeitsplätzen) und nicht das Wirtschaftswachstum. Um Produktionsschwankungen auszugleichen können sie den Strom speichern oder ein Austauschsystem mit anderen alternativen Produzenten aufbauen.
- *Ressourcenorientierung*: Bei der Wahl der Energieträger (Wind, Sonne, Erdwärme) richten sich die Produzenten nach den örtlichen Gegebenheiten. Lange Stromtransportwege werden vermieden und auf Biomasse, die aus dem globalen Süden zugekauft wird bzw. die die Lebensmittelproduktion konkurrenziert, wird verzichtet.
- *Selbstbestimmung*: Selbstbestimmte Entscheidungsmöglichkeiten der Betroffenen sind der Schlüssel zur Eigenverantwortung. Die ökologischen Ziele werden aus eigener Motivation festgelegt.
- *Autarkie*: Durch eine eigenständige, bedarfs- und ressourcenorientierte Energieversorgung nehmen sich die Produzenten (Genossenschaftsmitglieder oder Gemeindeglieder) aus dem globalisierten Markt heraus. Damit werden sie von konventionellen Energiekonzernen, deren Energiemix und deren Preisdiktat unabhängig.
- *Existenzsicherung*: Mit innovativen und ökologischen Technologien können vor Ort nachhaltige Arbeitsplätze und eine Existenzgrundlage für die Bewohnerinnen und Bewohner geschaffen werden. Arbeit und Umwelt stehen nicht mehr im Widerspruch.

Wie aus den oben beschriebenen Beispielen hervorgeht, müssen alle mehr oder weniger Kompromisse eingehen, weil sie eingebettet in einem „falschen“ System agieren. Daher sollen an dieser Stelle auch die unterstützenden Strukturen zusammengefasst werden:

- *Förderungen:* Ohne öffentliche Förderungen würde es das Vorzeigemodell Güssing nicht geben. Im Wesentlichen mangelt es nicht an guten Ideen und Engagement, sondern an Finanzierungsmöglichkeiten. Insbesondere solange alternative Projekte gegen den Mainstream zu bestehen haben, brauchen sie eine zuverlässige finanzielle Unterstützung.
- *Rechtsgrundlagen:* Um von Nischenprojekten zu einer breiten Anwendung zu gelangen, brauchte es ein Gesetz, das die Einspeisung erneuerbarer Energien regelte. Über die Anhebung des gesetzlich erlaubten Anteils von erneuerbaren Energien im Strommix kann man einen schrittweisen Übergang von einer konventioneller zu erneuerbarer Energieversorgung bewusst steuern. Das gleiche gilt für Treibstoffe.
- *Wettbewerbsbeschränkungen:* Fördermittel und Energiegesetz können also wirkungsvolle Instrumente für ein Mainstreaming zugunsten der Erneuerbaren sein. Parallel dazu müssen die aktuellen Wettbewerbsbedingungen auf den globalisierten Märkten entschärft werden, sonst werden die Alternativen nie aus ihrer Nische heraustreten können. Wir sollten auch aus der Geschichte lernen.

4. Der Beitrag der Gemeinwesenarbeit

Um Alternativen von unten zu begleiten, brauchen wir keine neuen Methoden oder Begriffe. Die Gemeinwesenarbeit bietet ausgereifte Methoden, die besonders im Bereich der Aktivierung auch im Rahmen der LA 21 Anwendung finden (Neben Methoden aus der Gemeinwesenarbeit greift die LA 21 auch Methoden anderer Fachdisziplinen auf; vgl. Verein Lokale Agenda 21, 2008). Hier muss das Rad nicht neu erfunden werden. Was wir aber brauchen, ist ein besseres Zusammenspiel von bottom up und top down. Wie die obigen Beispiele zeigen, gibt es viele Initiativen, die in Richtung Dauerlebensfähigkeit

weisen. Handlungsbedarf besteht im Bereich top down, der durch unzureichende oder widersprüchliche Direktiven oft behindert.

Wenn Initiativen von unten die Energieversorgung essenziell mittragen sollen, dann müssen sie auf stabilen Förderungsangeboten und Rechtsgrundlagen aufbauen können. Die Kompetenzen dafür liegen auf nationaler und auf EU-Ebene, wo die entsprechenden Voraussetzungen aber ausgebaut bzw. erst geschaffen werden müssen. Das erklärt auch, warum die kommunale Agenda 21 im Energiebereich weniger erfolgreich sein kann als bspw. bei städtischen Infrastrukturprojekten, wo sie konkrete Ansprech- und Kooperationspartner hat. Würden die rechtlichen und institutionellen Lücken geschlossen, könnte auch zur Energiewende einen nennenswerten Beitrag beisteuern. Die Vernetzung der Steuerungsebenen wird derzeit im Rahmen der Governance-Debatte vorangetrieben (Zu den Herausforderungen einer Multilevel-Governance vgl. Benz, 2010). Für die inhaltlichen Ausformulierungen sind auch die internationalen Richtlinien von Bedeutung. Das dort verankerte Wirtschaftsverständnis darf sich nicht mit den auf lokaler Ebene erwarteten Ergebnissen widersprechen. Da sich die Ebenen gegenseitig bedingen und komplex vernetzt sind, beschreibt für mich das Motto, *„Global denken, vernetzt handeln“*, die Realität besser als die häufiger verwendete Phrase, *„Global denken, lokal handeln“*, weil letztere die direkten Zusammenhänge – auch wenn sie weit weg scheinen – nicht verdeutlicht.

Das Selbstverständnis der Gemeinwesenarbeit reicht von konsensorientierten, dem Staat verantwortlichen Ansätzen bis hin zu konfliktorientierten Ansätzen, die Widerstand von unten organisieren (vgl. Oelschlägel, 2010). Die Agenda 21 schlägt den Kommunen die „Herstellung eines Konsenses“ (Kapitel 28.3 der Agenda 21; BmNUR o.J.) vor. Hinsichtlich des dominierenden und alle Ebenen umschließenden Wirtschaftssystems gibt es aber keinen Konsens, weil es einer nachhaltigen Entwicklung diametral entgegensteht. Das betrifft auch die Rahmenbedingungen, die derzeit die Entfaltung von Alternativen behindern. Daher werden wir nicht um das (konstruktive) Austragen von Konflikten herumkommen. Die Arbeit am Sozialen bedeutet Arbeit am Systemwandel.

Literaturverzeichnis

- Biesecker, A., Mathes, M., Schön, S- & Scurrrell, B- (Hrsg.). (2000). *Versorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens.* (Wissenschaftliche Reihe, Bd. 132). Bielefeld: Kleine Verlag.
- Benz, A. (2010). Multilevel Governance. Governance in Mehrebenen-systemen. In A, Benz (Hrsg), *Governance. Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung* (2., aktualisierte und veränd. Aufl.) (S. 11–136). Wiesbaden: VS Verlag.
- Besse, V. & Nadjafi, M. (2012). Rio +20 – ein kleiner Schritt für die Menschheit. *SOL Zeitschrift für Solidarität, Ökologie und Lebensstil*, 149, S. 8–9.
- BmNUR (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) (o.J.). *Umweltpolitik*. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente – Agenda 21. Bonn: BmNUR.
- Brunnengräber, A.& Haas, T. (2011, November). Green Economy – Green New Deal – Green Growth: Occupy Rio plus 20. *W&E Hintergrund*, S. 1–2.
- Elsen, S. (2003). *Lokale Ökonomie, Empowerment und die Bedeutung von Genossenschaften für die Gemeinwesenentwicklung*. Zugriff über <http://www.stadtteilarbeit.de/theorie/lok-oeko-gwa/100-lokale-oekonomie-empowerment-und-genossenschaften.html>
- Exner, A., Lauk, C. & Kulterer, K. (2008). *Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern*. Wien: Ueberreuter.
- Flieger, B. (2011). Energiegenossenschaften – Eine klimaverantwortliche, bürgernahe Energiewirtschaft ist möglich. In S. Elsen (Hrsg.), *Ökosoziale Transformation. Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens* (S. 315–338). Neu-Ulm: AG-SPAK-Bücher.
- Gruber, S. (2010). Arbeitsverhältnisse als Geschlechterverhältnisse. Grundannahmen zu Arbeit und Wohlstand. In S. Gruber, F. Haug & S. Krull (Hrsg.), *Arbeiten wie noch nie!? Unterwegs zur kollektiven Handlungsfähigkeit* (S. 15–35). Hamburg: Argument.
- Hauff, V. (Hrsg.). (1987). *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven: Eggenkamp.

- Hradil, S. (2005). Warum werden die meisten entwickelten Gesellschaften wieder ungleicher? In P. Windolf (Hrsg.), *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 45*, S. 460–483.
- IEA (2011). *World Energy Outlook 2011*. Paris: International Energy Agency.
- von Knorring, E. (1995). Das Umweltproblem als Externalität. Ökonomische Ökologie oder ökologische Ökonomie? *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht*; 18(4), S. 537–567.
- Seidl, C. (2011, 8. September). Interview mit Dennis Meadows: „Lebensstandard wird drastisch sinken“. *Der Standard*.
- Lumplecker, S. (2009). *Ein Vergleich dreier ökonomischer Paradigmen der Nachhaltigkeit. Neoklassische Umweltökonomie, Ökologische Ökonomie, Politische Ökologie*. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Wien.
- Österreichischer Informationsdienst für Entwicklung (1992): *Umwelt und Entwicklung. Agenda 21. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung*. Wien.
- Pflüglmayer, B. (2004). *Vom Kyoto-Protokoll zum Emissionshandel. Entwicklung und ausgewählte Rechtsfragen*. (Schriftenreihe des Energieinstitutes an der Johannes-Kepler-Universität Linz, Bd. 8). Linz: Trauner Verlag.
- Schwendter, R (1986). Notate zu den Mühen der Ebenen. In R. Schwendter (Hrsg), *Die Mühen der Ebenen. Grundlagen zu alternativen Ökonomie, Teil 2* (S. 259–267). AG SPAK.
- Arbeitsteilung. (2003). In *Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus*, (Band 1, S. 18-23). Hamburg: Argument.
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hrsg.). (2008). *Das Wiener Modell der Lokalen Agenda 21. Handbuch zu Strukturen, Grundsätzen, Regeln, Methoden*. Wien. Zugriff über www.la21wien.at/die-la-21-bezirke/23-bezirk/gruppen/solar-1/solar/
- Ziegler, J. (2008). *Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung* (6. Aufl.). München: Goldmann.